

Vierteljährlicher Abonnementspreis
 Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
 2 Thaler 11/4 Sar. Insertionsgebühr für den
 Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck
 1/4 Sar.

Credit: Gertenstraße 12 20
 Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
 Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
 Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
 erscheint.



Breslauer

Zeitung.

Mittagblatt.

Freitag den 16. April 1858.

Nr. 176.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Wien, 15. April, Nachmittags. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Konstantinopel vom 10. d. M. hat der Sultan die Reform des Gefängniswesens genehmigt. Man erwartet am 11. die Verlesung eines Firman's betreffs der Erhöhung der Truppen. Der österreichische Internuntius, Baron v. Prokesch, hat Urlaub erhalten. Fuad Pascha soll nun definitiv zum Bevollmächtigten für die pariser Konferenz bestimmt sein, doch ist noch keine Zeit für seine Abreise festgesetzt. Das „Journal de Constantinople“ wird in Frankreich wieder zugelassen. Omer Pascha wird von Bagdad aus eine Expedition gegen die benachbarten unruhigen Araber-Stämme unternehmen.

London, 15. April, Nachmittags. Hier eingegangene Nachrichten aus Malta melden, daß Admiral Lyons die dortige Fregate verlassen habe und wahrscheinlich nach Tunis segeln werde.

Paris, 15. April. Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß die indirekten Steuern im ersten Trimester gegen denselben Zeitabschnitt des Jahres 1857 um 4,700,000 Francs sich vermehrt haben.

Hamburg, 15. April, Abends. Die heutige General-Versammlung der norddeutschen Bank war zahlreich besucht. Es wurden ungefähr 1100 Stimmen abgegeben. Alle drei Vorschläge des Verwaltungsraths wurden abgelehnt.

Paris, 15. April, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse eröffnete zu 69, 50, schloß sich auf 69, 60 und schloß unbelebt und in matter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 66 1/2 eingetroffen.

5 pCt Rente 69, 45. 4 1/2 pCt Rente 93, 20. Credit-mobilier-Aktien 726. 5 pCt Spanier —. 4 pCt Spanier 26. Silber-Anleihe 1 1/4. Oesterreich Staats-Eisenbahn-Aktien 702. Lombardische Eisenbahn-Aktien 610. Franz-Joseph 467.

London, 15. April, Nachmitt. 3 Uhr. Börse fest. Silber 61 1/2. Consols 96 1/2. 3 pCt Spanier 26 1/2. Mexikaner 19 1/2. Sardinier 90 1/2. 4 pCt. Russen 109 1/2. 4 1/2 pCt. Russen 100 1/2. Lombardische Eisenbahn-Aktien —.

Wien, 15. April, Mittags 12 1/2 Uhr. Neue Loose 1:3 1/2. Silber-Anleihe —. 5 pCt. Metalliques 81 1/2. 4 1/2 pCt. Metalliques 71 1/2. Bank-Int.-Scheine —. Nordbahn 85. 1854er Loose 108. National-Anlehen 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 291 1/2. Credit-Aktien 244. London 10, 15. Hamburg 78. Paris 123 1/2. Gold 7 1/2. Silber 5 1/4. Eisenbahn-Bahn 100 1/2. Lombard. Eisenbahn 108. Rheiß-Bahn —.

Frankfurt a. M., 15. April, Nachmitt. 2 1/2 Uhr. Günstige Stimmung, besonders für österreichische Credit-Aktien und Spanier. Schluss-Course: Wiener Wechsel 113. 5 pCt. Metalliques 76 1/2. 4 1/2 pCt. Metalliques 67 1/2. 1854er Loose 101 1/2. Oesterreichisches National-Anlehen 79 1/2. Oesterreich-Französl. Staats-Eisenb.-Aktien 328 1/2. Oesterreich. Bank-Anleihe 109 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 220. Oesterr. Elisabethbahn 195 1/2. Rhein-Nahe-Bahn 75 1/2.

Hamburg, 15. April, Nachmittags 3 Uhr. Börse unbelebt. Schluss-Course: Oesterreich. Loose —. Oesterr. Credit-Aktien 123 1/2. Oesterreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 690. Vereinsbank 96. Norddeutsche Bank 86. Wien —.

Hamburg, 15. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco 2 Thaler niedriger. Roggen loco fest, ab Königsberg unbeachtet. Del loco 24 1/4, pro Mai 24, pro Oktober 24. Raffee rubig Zink stille.

Haverpool, 15. April. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umfas. — Preise gegen gestern unverändert.

Telegraphische Nachrichten

Paris, 14. April. Der Kaiser ist heute nach der Sologne abgereist.

Christiana, 14. April. Die in der vergangenen Nacht 1 1/2 Uhr ausgebrochene Feuersbrunst ist erst heute Nachmittag 2 Uhr gelöscht worden, nachdem sie drei Quartiere zwischen der Diers-, Bringsens-, Schiffers- und Königstraße zerstört hatte. Der angerichtete Schaden wird auf mindestens eine halbe Million Species geschätzt.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Haus der Abgeordneten. 30ste Sitzung am 15. April. Beginn 11 Uhr. Präsi. Hr. Gulenburger. Am Ministertische die Herren v. Mantuffel I., v. d. Herdt, v. Bodelschwingh. Nachdem, ohne jegliche Debatte, der Schlussbericht der Budgetkommission erledigt worden, geht man in der Zudersteuerdebatte weiter. Ein Amendement von Demzin ist nachträglich eingegangen, welches die Genehmigung des Vertrages mit der Maßgabe empfiehlt, daß der Ausdruck der Erwartung an die Regierung gerichtet werde, dieselbe wolle durch eine weitere Ueberkunft mit den Zollvereinsstaaten dahin thätigst wirken, daß dem innerhalb des Zollvereins producierten Nubensuder bei dessen Ausgange aus dem Bereiche des Zollvereins eine angemessene Rückvergütung der Steuer bewilligt werde. — Zuerst tritt die Tribüne Kruse nach der Reihenfolge der Redner zu schließen, muß dieselbe wohl gegen die Vorlage gesprochen haben. Der Ministerpräsident erwidert einige der unverständlich gebliebenen Ausführungen des Vorredners auf, um eine Induzie, die unter Schutz groß geworden ist. Sowie man diese Demonstrationen ausbricht. Die Gesamtheit der Steuerschuldigen pflegt dann gewöhnlich eine humane Gesellschaft dazu zu bilden. Es ist die Aufgabe der Regierung, daß der Steuerschuldigen, der ja von allen Steuerschuldigen gespeist wird, dabei nicht zu kurz komme, und deshalb hat die Regierung es für ihre Pflicht gehalten, diese Vorlage zu vereinbaren und dem Hause vorzulegen. Nachdem Berger für das Gesetz sich kurz geäußert (er glaubt, daß die Americanen von Rohrzucker gegeben sei. Die Industrie könne die Steuer ertragen, aber da sie schließlich der Konsum zu tragen habe, so stimme er für sie nur mit Reichensperger's Amendement. Die Beamten des Finanzministerium hätten bei dieser jährigen Gehaltserhöhung allein 330,000 Thlr., die aller anderen Ministerien zusammen nur 310,000 Thlr. erhalten, was eine Uebereinkunft sei u. s. w.) erhält Kähne (Berlin) das Wort. Er erklärt sich gegen die Vorlage wie gegen die sämtlichen Amendements, da er sich nicht zum Missbehagen machen wolle an der Verletzung der öffentlichen politischen Moral, wie sie gegenüber dem Vertrage von 1853 geübt werden sollte; der Vertrag habe unabweislich den Zuckerfabrikanten eine Stabilität ihrer Besteuerung garantiert. Der Redner weist das aus dem Vertrage und dem Verlaufe der Debatte von 1853 nach, die Regierung dürfe und könne ihre damaligen Kommissarien nicht verleugnen, da deren Erklärungen mit dem Inhalte des damaligen Vertrages der Absicht nach vollständig übereinstimmen.

Interpretationen, wie man sie hier gebürt, könne er mit seinen, vielleicht beschränkten Begriffen von Vorhalten nicht zusammenreimen. Das Interesse der Konumenten würde doch nur gewahrt, wenn man den im Vertrage vorgezeichneten Weg eingeschlagen, und den Rohrzuckerzoll ermäßigt hätte. Auf die Urtheile der Fabrikanten läme es dabei nicht an, denn dieser Weg sei der einzige vertragsmäßig zulässige. Es existire kein Richter über die Verletzungen der öffentlichen Moral, wie die Regierung sie jetzt beabsichtige, an das Haus trete jetzt dieser Beruf. Es möge bedauern, zu solchem Spruche gestungen zu sein, aber Pflicht und Gewissen erbeisken es, und nach Pflicht und Gewissen stimme er gegen die Vorlage. (Bravo.)

v. Patow. Auch er halte die Rohrzucker-Zollerhöhung für den richtigen Weg. Es sei Zeit, den Zeltarif von 1818 im Sinne des Handelsvertrages zu reformiren, und er meine mit dem Abg. Wagener, daß der Zollverein eher aufzugeben sei, als daß er diesem Streben sich entgegenstellen dürfte. Aber diese Bedenken, so gewichtig sie seien, könnten ihn nicht bewegen, nur ibretwillen einem nach vieler Mühe vereinbarten, fertig vorliegenden Staatsvertrage seine Zustimmung zu verweigern, zumal derselbe nach seiner Ansicht keine Rechte verlege und nicht gegen die öffentliche Moral sündige. Der Redner führt die unerwartet große Steigerung der Zucker-Konsumtion als Grund an, von den früheren Voraussetzungen der Besteuerung abzugehen; er geht ausführlich auf den Wortlaut der Protokolle und des Vertrages von 1853 ein, um die Regierung gegen den Vorwurf zu schützen, als habe sie damals eine Unabänderlichkeit des Verhältnisses konstituirte, und schließt mit dem Hinweis darauf, daß ein Desaven, das die Landesvertretung in dieser Frage jetzt der Regierung gebe, nicht bloß die Regierung, sondern auch jeder ichenden Regierung und dem Lande selbst von anhaltendem Nachtheile in dem Verhältnisse Preußens zum Zollvereine sein müßte. (Bravo.)

v. Blankenburg. Seine Fraktion sei allerdings zwar, wie der Ministerpräsident gestern hervorgehoben, in der vorliegenden Frage gespalten, aber man habe nicht zu fürchten, daß diese Spaltung anders als nur vorübergehend sein werde. Und gewiß bedauere auch der Ministerpräsident mit ihm diese Spaltung der Parteien, welche keiner Politik, als der des divide et impera, willkommen sein könne. Im weiteren Vortrage schildert der Redner, indem er nicht ohne Glück Herrn v. Gerlach kopirt, die Fein derjenigen Abgeordneten, die nicht wählten, ob Ja oder Nein saen. Die Fraktionsdisciplin lasse sie im Stich, denn Gerlach stimme anders als Wagener, v. Patow anders als Kähne, in einer dritten Fraktion siehe es nicht viel besser, in der Fraktion Niebold sei der Zwiespalt auf der Tribüne offenbar geworden, in der katholischen trenne sich v. Mallinckrodt von den Reichenspergers und selbst zwischen diesem Brüderpaare, habe man gemunkelt, entbrenne der Haber. Was bleibe dann, als etwa eine Autorität außerhalb der Parteien, die er seinerseits froh sei, in dem Abg. Kähne zu besitzen u. i. w.

Der Ministerpräsident: Der Herr Redner, der die Regierung so ernsthaft an ihr Wort gemahnt, habe Eingangs seiner Rede versprochen, sich in derselben aller Phantasmen zu enthalten; er überlasse dem Hause das Urtheil, inwiefern der Herr Redner dieses sein Wort gehalten. (Bravo!) Der Minister fortährt dann einige ihm vom Vorredner „zur Ungebühr untergeschobene“ Aeußerungen, so von der „Autorität“ der Regierung, die hier maßgebend sein solle. Das Parteienverhältnis und die Rücksicht auf deren Spaltung könne die Regierung nicht leiten bei ihren Vorlagen. Der Zollverein sei ein Rebellbild genannt worden. Die Stats wiesen nach, daß dies Rebellbild doch wohl einige Realität habe. ... Gegen den Vorschlag Kähne's, die Ermäßigung des Rohrzuckerzolls, führt der Minister schließlich an: Entweder könne der Vertrag von 1853 geändert werden oder nicht. Kömme er es nicht, so sei dann noch Zeit, diese Maßregel zu ergründen. Kömme er aber geändert werden, so sei die Steuererhöhung auch legal, und so hätten die Fabrikanten selbst die Sache auch schon 1853 angeheben, wo sie die weitere Steuererhöhung in verschiedenen Schriften als das Damoklesschwert bezeichneten, das fortdauernd über ihnen schwebte. Die Debatte wird hierbei — 3 Uhr — vertagt bis morgen Freitag 10 1/2 Uhr.

Berlin, 15. April. [Amtlichek.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruhet: Dem Capten-Inspektor zu Hersfeld, Oberstleutnant von Schwedler, und dem Steuerrath a. D. Loeser zu Dels den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie dem Kreisboten Imkemyer zu Wreschen, dem früheren Schulzen, Leihgedinger Buzalla zu Mezschowo, im Kreise Wirsis, und dem Schulzen Pawlok zu Latocin, im Kreise Adelnau, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem pensionirten Kanzlei-Sekretär Untermann zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Kanzlei-Rath; und dem Zündhütchen-Fabrikanten Gölkenbusch zu Sommerda den Charakter als Kommissions-Rath zu verleihen.

Der königlichen Regierung ist von Seiten der königlich großbritannischen Regierung eine in der „London Gazette“ vom 6. April 1858 erschienene Bekanntmachung zugegangen, welche in Uebersetzung lautet wie folgt:

Auswärtiges Amt, den 6. April 1858. Es wird hiermit zur Anzeige gebracht, daß die Lords-Kommissäre der Admiralität von dem Contre-Admiral Sir M. Seymour, R. C. W., Befehlshaber der königlichen Seemacht zu Kanton, eine an Bord des Schiffes Ihrer Majestät „Kalkutta“ zu Hongkong datirte Depesche vom 14. Februar 1858 empfangen haben, in welcher er meldet, daß die Blotade des Häfens und des Flußes von Kanton am 10. Februar 1858 seitens der vereinigten Streitmächte Ihrer Majestät und Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen aufgehoben worden ist.

Der bisherige Superintendent von Rechenberg in Küstrin ist zum Superintendenten der Diözese Halberstadt, und der bisherige Superintendent Pippart in Teltow zum Superintendenten der Diözese Zehdenick ernannt; so wie dem Oberlehrer am Gymnasium zu Merseburg, Dr. C. W. Dosterwald, der Professor-Titel verliehen, und am Gymnasium in Treptow a. R. die Anstellung des wissenschaftlichen Hilfslehrers Otto Kalmus, bisher am Gymnasium in Halberstadt, als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Die Ziehung der 4. Klasse 117. königlicher Klassen-Lotterie wird den 23. April d. J., Morgens 7 Uhr, im Ziehungsaal des Lotteriehausees ihren Anfang nehmen.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruhet: dem Baumeister und Abtheilungs-Ingenieur der berlin-anhaltischen Eisenbahn, Joh'n in Göthen, die Erlaubnis zur Anlegung der ihm verliehenen, dem herzoglich anhaltischen Gesamt-Haus-Orden Abrechts des Bären assimilirten, goldenen Medaille zu ertheilen.

Berlin, 15. April. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen arbeitete Nachmittags mit dem Minister-Präsidenten, nahm heut Vormittag den Vortrag des Kriegsministers Grafen v. Walderssee und des Obersten Freiherrn von Manteuffel entgegen.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl kam heut Morgen von Potsdam nach Berlin, wohnte hier den Exercitien verschiedener Truppentheile bei und fuhr Mittags 12 Uhr wieder nach Potsdam zurück. — Die Ankunft Ihrer königlichen Hoheiten des Großherzogs und

der Frau Großherzogin von Baden wird morgen hier erwartet. — Der Prinz Friedrich von Hessen ist hier eingetroffen und im königl. Schlosse abgestiegen. — Ihre Hoheiten der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen, die Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen werden in etwa 10 Tagen von Düsseldorf hier eintreffen und bis Anfangs Mai hier selbst verweilen.

— Der Minister v. Haller ist gestern Abend aus dem Haag hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von dem niederländischen Gesandten am hiesigen Hofe, Freiherrn Schimmelpenninck v. d. Oye, empfangen. (Zeit.)

Berlin, 13. April. Aus guter Quelle erfahre ich Folgendes über den gegenwärtigen Stand der Differenzen mit Dänemark. Die preussische Regierung hat durch ihren Vertreter am kaiserlichen Hofe dem wienener Kabinete die Mittheilung gemacht, daß sie die Anerbietungen Dänemarks nicht für genügend erachten könne und deshalb ihren Gesandten am Bundestage instruiren werde, gegen ihre Annahme, zugleich aber dafür zu stimmen, daß der dänischen Regierung ein bestimmter Termin zur Einreichung neuer und befriedigender Vorschläge gestellt werde. Die österreichische Antwort habe darauf gedeutet, daß das kaiserliche Kabinet zwar die dänischen Zugeständnisse gleichfalls nicht für zureichend halte, in Betreff des Termins aber die Ansicht der preussischen Regierung nicht theilen könne. Bis so weit könnte man dem von Seiten Preußens eingehaltenen Verfahren nur seine Anerkennung zollen. Es scheint aber nicht mit dem Streben des hiesigen Kabinet's, eine Verschleppung der Frage zu verhindern, übereinzustimmen, wenn man weiter hört, daßselbe beabsichtige, indem es die Hoffnung nicht aufgebe, mit Oesterreich zu einer Verständigung zu gelangen, die letzten Anerbietungen Dänemarks zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen. (K. Z.)

Königsberg, 14. April. Die Arbeiten zur Fortführung der Eisenbahn nach der russischen Grenze sollen schon in ganz nächster Zeit in Angriff genommen werden und es wird sich auf Anforderung des Ministers alsbald unter der Benennung „Kommission für den Bau der Königsberg-Gydkubner Eisenbahn“ hier eine Behörde konstituiren, deren Dauer voraussichtlich 2—3 Jahre sein wird. An der Spitze dieser Behörde stehen zwei Direktionsmitglieder, die auch bereits hier eingetroffen sind: Regierungs-Assessor le Juge, bisheriges Direktionsmitglied der Ostbahn in Bromberg, und Regierungsbaurath Oppermann aus Schlesien; jener übernimmt die administrative und dieser die technische Leitung der Geschäfte. (K. S. Z.)

Erfurt, 12. April. In der Sitzung des Kreisgerichts am 10. d. Mts. wurde eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen den vormaligen Schreiber bei der thüringer Eisenbahngesellschaft, Arnold, verhandelt. Derselbe hatte durch die Angabe, einem hochverrätherischen Komplotte auf der Spur zu sein, dazu Anlaß gegeben, daß der Polizeidirektor Stieber zur näheren Erforschung dieser Angelegenheit sich von Berlin hierher begab. Die Geschichte hat sich als völlig unbegründet erwiesen; doch fand Polizeidirektor Stieber bei Gelegenheit einer Hausdurchsuchung unter den Effekten des u. Arnold ein Gedicht, welches Grund zu der Anklage gegen Arnold gab. Einige Stellen darin wurden von der Anklage für verbrecherisch im Sinne des § 75 des Strafgesetzbuches gehalten, welcher Anschauung der Gerichtshof sich jedoch nicht angeschlossen, sondern den Angeklagten freisprach. Gutem Vernehmen zufolge hat die Staatsanwaltschaft gegen dieses Erkenntniß das Rechtsmittel der Appellation angemeldet. (Gr. Z.)

Minden, 13. April. In Bezug auf eine Aeußerung des Abgeordneten Hartort bei der Debatte über die geheimen Fonds erklärt der Regierungs-Präsident Peters in der „Patriotischen Zeitung“, „daß so wenig in Minden, als in Paderborn, auch nur die geringste Summe zu geheimen polizeilichen Zwecken verwendet worden ist, die an beiden Orten für die Zwecke der Polizeiverwaltung aus königlichen Kassen flussgehabten Ausgaben sich vielmehr lediglich auf die gewöhnliche Unterhaltung der beiden königl. Polizei-Inspektionen beschränkt haben.“

Frankeich.

Paris, 13. April. Die offiziöse „Patrie“ beschäftigt sich heute zum erstenmale mit den pariser Wahlen. Sie hofft, daß die Opposition nicht, wie das letztemal, einem geheimnißvollen (?) Lösungsworte Folge leisten und eine Art Demonstration gegen die Regierung machen werde. Die Freunde der „wahren Freiheit“ begehren ihr zufolge dadurch, daß sie keine Namen wählen, die eine größere Freiheit und die kaiserliche Dynastie zugleich repräsentiren, einen großen Fehler; denn dadurch werde der Augenblick weiter zurückgeschoben, wo die aus erhabenem Munde verheißene Krönung des Wertes durch die Freiheit stattfinden könne. So lange es Parteien gebe, welche den bestehenden Einrichtungen ihre Anerkennung versagen, müsse die Regel der Regierung der „Widerstand“ sein. Uebrigens herrscht auf dem Felde der Wahloperationen bis jetzt tiefe Stille. Jules Favre soll bereits die ihm vielfach angetragene Kandidatur abgelehnt haben. — Es bestätigt sich, daß bei der letzten Einladung der Abgeordneten zur kaiserlichen Tafel in den Tuilleries auch die Herren Ollivier, Hénon, Darimon und Curé bedacht worden waren. Doch soll nur der Letztere nach einigem Zaudern die Einladung angenommen haben und dabei von der Kaiserin sehr ausgezeichnet worden sein. Ollivier dankte in einem kurzgefaßten, an den Kammerherrn des Kaisers gerichteten Briefe für die ihm erwiesene Ehre, die er nicht annehmen könne. Hénon und Darimon schickten eine ausführlicher motivirte Weigerung ein.

Auch die Provinzen nehmen jetzt an der Unterhaltung durch glänzende Einzüge und Empfänge Theil, obwohl sie sich damit begnügen müssen, dabei nur die neuen Militärbeehlshaber figuriren zu sehen. Marshall Magnan zog gestern mit dem öfter geschilderten Pompe in

